schlag lichter 2011

2. Juli

Namenstag: Wiltrud, Petrus, Otto, Georg

Historische Daten

1990: Tausende Menschen befinden sich auf der Pilgerfahrt nach Mekka, als in einem Fußgängertunnel eine Massenpanik ausbricht. 1427 Menschen sterben.
1970: Zum letzten Mal strahlt das ZDF die Sendung „Der goldene Schuss“ aus. Lou van Burg hatte sie zu einer der stärksten Sendungen des ZDF gemacht, der Schlagersänger Vico Torriani moderiert die letzte Ausgabe. Kernpunkt der Spielshow war der Schuss mit einer Armbrust auf einen Apfel.
1937: Der Kontakt zu Amelia Earhart bricht ab, irgendwo auf der Strecke zwischen Neuguinea und der Howland-Insel, auf ihrem Flug um die Welt. Die US-amerikanische Fliegerin überquerte 1932 als erst Frau den Atlantik alleine. Sie bleibt verschollen.
1881: James A. Garfield, US-Präsident, wird Opfer eines Attentates. Eine Kugel bleibt im Rücken stecken, die Infektion rafft Garfield Monate später dahin.

Geburtstage

1986: Lindsay Lohan, US-amerikanische Schauspielerin („Ich weiß, wer mich getötet hat”).
1942: Vicente Fox Quesada, mexikanischer Politiker (Staatspräsident von Mexiko 2000 bis 2006).

Todestage

1997: James Stewart, US-amerikanischer Schauspieler („Das Fenster zum Hof“, „Der Mann, der Liberty Valance erschoss“), geboren 1908.

3. Juli

Namenstag: Raimund, Anatol, Thomas, Josef

Historische Daten

2005: Roger Federer gewinnt das Tennis-Turnier in Wimbledon. Der Schweizer Tennisspieler schlägt den Amerikaner Andy Roddick mit 6:2, 7:6 (2) und 6:4. Federer ist damit in bereits 36 Matches hintereinander ungeschlagen.
1997: Boris Jelzin setzt sich in Wahlen um das Amt des russischen Präsidenten gegen den Kandidaten der Kommunisten durch, Gennadij Sjuganow.
1988: Ein US-amerikanisches Kriegsschiff schießt im persischen Golf während des Iran-Irak-Krieges eine Passagiermaschine einer iranischen Airline ab. Die Mannschaft hatte das Flugzeug für einen Angreifer gehalten. Fast 300 Menschen sterben.
1935: Ferdinand Porsche präsentiert einen ersten Prototyp des Käfers zum ersten Mal der Öffentlichkeit. Noch ist die Maschine nicht massentauglich, 1936 gehen Versuchsfahrzeuge auf Testfahrten. 1938 ist die Konstruktion serienreif.
1928: In den englischen Baird-Studios gelingt zum ersten Mal die Übertragung von farbigen Fernsehbildern.

Geburtstage

1987: Sebastian Vettel, deutscher Formel-1-Fahrer (Weltmeister in der Saison 2010).
1883: Franz Kafka, deutscher Schriftsteller („Der Prozeß”), gestorben 1924.

Todestage

1969: Brian Jones, britischer Musiker (Lead-Gitarrist und Mitbegründer der Rolling Stones), geboren 1942. tim

WR-BLICKPUNKT AUSZEICHNUNGEN FÜR MUTIGES ENGAGEMENT

Wissenschaftler und Juristen verleihen „Whistleblower-Preis“ für Enthüllungen aus Irakkrieg und Atomforschung

Die Geheimnisse der Mächtigen

Petra Kappe

Berlin. Für die einen sind sie Verräter, für die anderen Helden: Menschen, die ans Licht bringen, was die Mächtigen lieber im Dunkeln ließen.

Die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) und die Juristenvereinigung IALANA („Juristinnen und Juristen gegen atomare, biologische und chemischen Waffen“) würdigen solche „Whistleblower“ mit einem Preis.

Die aktuelle Auszeichnung geht an zwei Preisträger, darunter ein „Anonymus“, ein Namenloser. Gemeint ist „die Persönlichkeit, die das Video ‚Collateral Murder’ via Wikileaks publik gemacht hat“. Das Video dokumentiert ein von US-Soldaten im Irak verübtes Kriegsverbrechen.

Die Aufnahmen zeigen die gezielte Tötung von sieben Zivilisten durch die Besatzung eines US-Kampfhubschraubers und geben auch „die mit den Mordhandlungen einhergehenden rüden und menschenverachtenden Begleitkommentare der Täter wieder“, wie es in der Preisbegründung heißt.

Außerdem beweise das Video, dass offizielle Sprecher der multinationalen Streitkräfte die Öffentlichkeit „über den Vorfall belogen haben“ und „das von der US-Army eingeleitete Vor-Ermittlungsverfahren gegen die an der Tat beteiligten US-Soldaten 2007 zu Unrecht eingestellt wurde“.

Für die amerikanischen Militärbehörden steht fest, dass es sich bei dem anonymen Preisträger um Bradley Manning handelt. Sie nahmen den heute 23-jährigen US-Soldaten vor gut einem Jahr im Irak fest und werfen ihm Geheimnisverrat vor. Seither sitzt Manning in Untersuchungshaft. Die Haftbedingungen, so sagen es Menschenrechtler, grenzen an Folter: kein Kontakt zur Außenwelt, Entzug der Kleidung in der Nacht, ein Prozess lässt auf sich warten.

Harvard-Professor Laurence Tribe schrieb zusammen mit weiteren namhaften Juristen, diese Haftbedingungen seien „nicht nur beschämend, sondern auch verfassungswidrig“. Eine derart „grausame und ungewöhnliche Bestrafung“ dürfe nicht einmal einen verurteilten Verbrecher treffen.

Adressat der bitterbösen Beschwerde ist US-Präsident Barack Obama. Denn der hatte Mannings Gefangenschaft als „zulässig“ bezeichnet und ihr bescheinigt, dass sie „die Grundanforderungen erfüllt“.

Scharfe Kritik an den US-Behörden üben nun auch die VDW und IALANA: „Es gibt keine Anhaltspunkte dafür, dass nunmehr gegen die Täter vorgegangen würde“, bemängeln sie. Stattdessen konzentrierten sich die Strafverfolgungsbehörden darauf, den vermeintlichen Whistleblower zu überführen. Das sei „die alte, bedrohliche Reaktion“, wenn Staaten im sogenannten nationalen Interesse „schwerstes Unrecht begehen: Nicht derjenige ist schuldig, der das Verbrechen begangen hat, sondern der Bote, der die Nachricht der Öffentlichkeit überbringt.“

Die Preisverleiher betonten, dass es dem „nationalen Interesse eines demokratischen Rechtsstaates „niemals abträglich sein könne, wenn jemand „gravierende gesetz-, verfassungs- oder völkerrechtswidrige Vorgänge“ bekannt mache. „Anderenfalls kann von einem Rechtsstaat nicht mehr die Rede sein.“

Jede rechtsstaatliche Demokratie sei auf die Kontrolle ihrer Amtsträger durch ihre Bürgerinnen und Bürger und die Medien angewiesen. Daher liege es gerade nicht im öffentlichen Interesse, „schweres staatliches Unrecht, Straftaten oder gar Verbrechen von Amtsträgern zu vertuschen und vor der Öffentlichkeit und den Wahlbürgern geheim zu halten“.

Bradley Manning (23) gilt als der US-Soldat, der das Video publik machte. Er sitzt seit einem Jahr in Untersuchungshaft. Fotos: afp

Preis für Enthüllungen aus dem Kernforschungszentrum Jülich

Deutscher GAU war ganz nah

Berlin. Die angebliche Sicherheit von Kugelhaufen- oder Hochtemperaturreaktoren ist Legende. Das hat der Wissenschaftler Dr. Rainer Moormann aufgedeckt. Er hat dafür gestern den Whistleblower-Preis“ erhalten.

Moormann arbeitet seit 35 Jahren in der Kernforschungsanlage (KFA), dem heutigen Forschungszentrum in Jülich (FZJ). Dort war bis 1988 ein Versuchsreaktor mit einer Kapazität von 15 Megawatt in Betrieb. Er wurde mit in Graphitkugeln eingeschlossenem Brennstoff betrieben und mit Helium-Gas gekühlt.

Moormann wies in seinen Untersuchungen „bedrohliche Störfallmöglichkeiten und Risiken mit katastrophalen Folgen für Mensch und Umwelt“ nach, heißt es in der Begründung der Preisvergabe.

Der Mythos der „inhärenten Sicherheit“ sei erschüttert. Vielmehr sei „der begründete Verdacht aufgekommen, dass der AVR Jülich am 13. Mai 1978 nur knapp einem GAU mit den verheerenden Folgen einer weitflächigen radioaktiven Verseuchung der Umwelt entging.“ PK

Deutschland übernimmt Präsidentschaft des UN-Sicherheitsrats

Syrien-Resolution gefordert

WR-Nachrichtendienste

Berlin. Während seines Vorsitzes im UN-Sicherheitsrat will Deutschland eine Resolution zur Verurteilung der Gewalt in Syrien durchsetzen. Die internationale Gemeinschaft solle „mit einer gemeinsamen Sprache klar auf die Ausschreitungen“ reagieren, erklärte Bundesaußenminister Guido Westerwelle (FDP) gestern zum Auftakt des einmonatigen Ratsvorsitzes. Auch die Unabhängigkeit des Südsudan sowie Afghanistan werden Deutschland beschäftigen.

Gegen Widerstände

Westerwelle räumte ein, dass es beim Thema Syrien „noch erhebliche Widerstände gegen eine gemeinsame Resolution im Sicherheitsrat“ gebe. Als Vorsitzender des Gremiums werde Deutschland nun „ausloten, ob diese Widerstände überwunden werden können“, um eine „gemeinsame internationale Antwort“ auf das gewaltsame Vorgehen der syrischen Führung gegen Regierungskritiker zu finden.

Der deutsche UN-Botschafter Peter Wittig kündigte an, die Skeptiker im Sicherheitsrat durch „Überzeugungsarbeit“ für eine Resolution gewinnen zu wollen. „Die Sache ist nicht vom Tisch“, sagte Wittig. Die Truppen von Syriens Präsidenten Baschar el Assad gehen gewaltsam gegen die Protestbewegung vor, Menschenrechtlern zufolge starben seit März mehr als 1300 Zivilisten. Eine Verurteilung der syrischen Führung durch den Sicherheitsrat scheiterte bislang vor allem am Widerstand Chinas und Russlands.

Westerwelle will im UN-Sicherheitsrat viel erreichen. Foto: dapd

Die Bundesrepublik gehört seit Anfang 2011 für zwei Jahre als nichtständiges Mitglied dem Sicherheitsrat an. Als Vorsitz leiten deutsche Diplomaten nun im Juli die Beratungen der 15 Mitglieder und organisieren die Abstimmungen.

Der deutsche Vorsitz falle „in eine ereignisreiche Zeit“, sagte Wittig. So beteilige sich Deutschland an Überlegungen im UN-Sicherheitsrat für eine mögliche Nachkonfliktphase in Libyen. Es sei aber viel zu früh, „um über konkrete Einsatzformen oder Aufgabenverteilungen zu sprechen“.

Klimawandel

„Eines der zentralen Anliegen in diesem Monat“ ist es laut Westerwelle, „dass der neue Staat Südsudan in die internationale Staatengemeinschaft aufgenommen wird“. In den vergangenen Wochen kam es immer wieder zu Gefechten im Grenzgebiet zwischen dem Norden und Süden. Damit sei die für den 9. Juli geplante Unabhängigkeitserklärung des Südsudan von einer „ganz gefährlichen Zuspitzung überschattet“, so Wittig. Westerwelle mahnte, die Staatsausrufung dürfe „auf den letzten Metern nicht noch gefährdet werden“.

Deutschland will die Zeit auch zu einer Diskussion über die sicherheitspolitischen Auswirkungen des Klimawandels nutzen, etwa die Gefahren von Flüchtlingsströmen oder Kämpfen um Ressourcen.

Finance Watch soll EU-Verbraucher-Interessen schützen

Gegengewicht zur Bankenlobby

Sabine Brendel

Brüssel. Die kleine Organisation Finance Watch will ein Gegengewicht zu Europas mächtiger Finanzlobby werden. Unter den 57 Gründungsmitgliedern aus diversen europäischen Ländern sind die deutsche Gewerkschaft Verdi, die Verbraucherzentralen, Professoren und Wirtschaftsexperten. Zudem machen Hilfsorganisationen wie Oxfam und das globalisierungskritische Netzwerk Attac mit. Diese Woche wurde Finance Watch in Brüssel aus der Taufe gehoben.

Chef von Finance Watch ist ein Kenner der Materie: der Franzose Thierry Philipponnat (49). Er arbeitete in der Finanzbranche und bei Amnesty International. Ihm missfällt, dass diejenigen, die in Europa Gesetze für die Banken- und Finanzbranche erlassen, vor allem eine Seite hören: die gut organisierte Lobby derer, deren Geschäfte von neuen Regulierungen betroffen sind.

„Das reicht nicht“, sagt Philipponnat. Finance Watch wolle bei der EU-Kommission oder europäischen Abgeordneten die Interessen der Verbraucher vertreten. Es betreffe schließlich auch die Bürger, sagt der einstige Banker, wenn die EU Gesetze für die Finanzbranche ausarbeite. „Wir alle haben schließlich irgendwo unser gespartes Geld liegen.“

Gut für Steuerzahler

Das sahen vor etwa einem Jahr EU-Parlamentarier genauso. Also riefen einige von ihnen parteiübergreifend dazu auf, eine Organisation als Gegengewicht zur Bankenlobby zu gründen. So entstand Finance Watch. „Es wird höchste Zeit, dass die Finanzindustrie nicht mehr konkurrenzlos Einfluss auf die Gesetzgeber nimmt, sondern sich den Argumenten einer organisierten Zivilgesellschaft stellt“, sagt der EU-Abgeordnete Udo Bullmann (SPD), der sich um die Themen Wirtschaft und Währung kümmert. „Wir freuen uns auf den Prototyp eines neuen Finanzlobbyisten, der erstmals danach fragt, was das Beste für die Steuerzahler ist und welchen Beitrag die Finanzwelt zur Realwirtschaft leistet.“ Bis Jahresende möchte Finance Watch zwölf Mitarbeiter einstellen.

NAMEN

Gerd Sonnleitner, Bauernpräsident, will sich im kommenden Jahr von der Spitze des Deutschen Bauernverbandes zurückziehen. Bei den 2012 anstehenden Neuwahlen werde er nicht wieder kandidieren, kündigte Sonnleitner gestern auf dem Deutschen Bauerntag in Koblenz an. Als Grund für den geplanten Rückzug nannte Sonnleitner persönliche Gründe. Er wolle sich in Zukunft wieder mehr um seine Familie und seinen Hof kümmern, sagte der 62-Jährige. dapd

Foto: Harald Tittel/dapd

Hugo Chávez, Venezuelas Staatschef, hat erklärt, dass ihm Ärzte ein Krebsgeschwür entfernt haben. Bei einer Operation sei der Tumor entfernt worden, sagte Chávez in einer Rede, die in der Nacht zum Freitag im venezolanischen Fernsehen ausgestrahlt wurde. Über den Gesundheitszustand des Präsidenten, der seit dem 8. Juni auf Kuba behandelt wird, hatte es in den vergangenen Tagen viele Spekulationen gegeben. epd

Foto: Ariana Cubillos/dapd

Syrien: 14 Tote bei Massenprotesten

Beirut. Bei der nach Angaben von Menschenrechtsaktivisten bislang größten landesweiten Protestaktion gegen das Regime von Syriens Präsident Baschar Assad sind gestern etwa 300 000 Menschen auf die Straßen gezogen. Mindestens 14 Menschen kamen demnach bei Zusammenstößen in Damaskus und anderen Städten ums Leben. dpad

kinder nachrichten

Innenminister besorgt über Gewalt

Berlin. Der Innenminister ist so etwas wie der oberste Polizist in Deutschland. Er heißt Hans-Peter Friedrich und passt unter anderem darauf auf, dass sich alle an die Verfassung halten. Gestern hat Hans-Peter Friedrich berichtet, wie gut das klappt.

Die Verfassung ist das wichtigste Gesetz unseres Landes. Sorgen macht sich Innenminister Hans-Peter Friedrich über Menschen in Deutschland, die extreme Ansichten haben und sie mit Gewalt durchsetzen wollen. Linksextreme zum Beispiel wollen die Politik und das Zusammenleben in Deutschland komplett verändern.

Der Verfassungsschutz beobachtet auch Rechtsextreme. Die sind gegen Menschen, die anders sind. Im vergangenen Jahr haben Rechtsextreme in Ostdeutschland häufiger andere geschlagen oder Dinge beschädigt als im Westen. Der Innenminister befürchtet darüber hinaus, dass Linksextreme und Rechtsextreme öfter aufeinander losgehen könnten. dapd